

BERND GOTTLOB

Die Erklärung der Spanierseelsorger in Deutschland über das Verhältnis von Glaube und gesellschaftspolitischem Engagement

Die 8. Nationalversammlung der spanischen Seelsorger in Deutschland (23. bis 27. Mai 1977 in Berlin), die sich zum Ziel gesetzt hatte, Richtlinien für die zukünftige pastorale Arbeit zu erstellen, verabschiedete neben anderen Dokumenten eine Erklärung über die »Präsenz der katholischen Missionen im gesellschaftspolitischen Bereich«.

Diese Erklärung war bereits auf der Versammlung heftig umstritten und erregte nach ihrem Bekanntwerden – besonders wegen ihres zweiten Abschnittes »Einige richtungweisende Prinzipien für das Verhältnis von Glaube und gesellschaftspolitischem Engagement« – die Aufmerksamkeit und die Kritik kirchlicher Kreise in Deutschland, so auch der katholischen Bischöfe von Nordrhein-Westfalen, die sich auf ihrer Sitzung am 14. Juni 1977 mit der Erklärung befaßten.

Im folgenden wird zunächst das Dokument, das bis heute von den Veranstaltern der Tagung selbst nicht veröffentlicht wurde, in deutscher Übersetzung vorgestellt¹. Daran schließt sich der Versuch an, die Entstehungsgeschichte nachzuzeichnen; es folgen zwei Abschnitte, die nach den Hintergründen und nach der Bedeutung der Berliner Erklärung fragen².

DER TEXT

Präsenz der katholischen Missionen im gesellschaftspolitischen Bereich

1. Gesellschaftspolitische Situation der Missionen

1.1 Die Ergebnisse der Umfrage, die in den verschiedenen Missionen durchgeführt wurde, zeigen einen deutlichen Mangel an gesellschaftspolitischer Aktivität.

¹ Die spanische Originalfassung ist zusammen mit den übrigen Erklärungen der Versammlung in einer Dokumentation der Italienerseelsorger enthalten: Quaderno UDEP, Maggio-Giugno 1977, 24–26.

² Die Ergebnisse der Untersuchung stützen sich auf Gespräche mit Versammlungsteilnehmern und mit einem der Verfasser der Erklärung, weiter auf Protokolle und Tonbandaufnahmen von den Plenarsitzungen.

- 1.2 Anscheinend gibt es Missionen, die nur mit sozial und politisch ungefährlichen Gruppen zusammenarbeiten, während sie bedeutenden politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, deren Aktivitäten zur Förderung des ausländischen Arbeitnehmers mit den Zielen der katholischen Mission in gewisser Weise übereinstimmen, die Unterstützung verweigern.
 - 1.3 Es ist festzustellen, daß wichtige Bereiche der Welt des Wanderarbeiters in einer ganz bestimmten Weise politisch ausgerichtet sind; sich nicht in dieser Weise ausrichten bedeutet, die derzeitige Situation der Unterdrückung aufrechterhalten.
 - 1.4 Die im Ausland lebende spanische Bevölkerung gehört nicht verschiedenen sozialen Klassen sondern allein der ausgebeuteten Arbeiterklasse an. Es ist gleichermaßen festzustellen, daß die Mission heute nicht mit der Arbeiterklasse identifiziert wird. Wenn auch anzuerkennen ist, wieviel die Kirche auf dem Gebiet der ausländischen Arbeitnehmer geleistet hat, so ist dennoch die Beziehung der Missionen zu dem spanischen Arbeiter in Deutschland äußerlich und oberflächlich, d. h. ein Dienst, der seitens einer anderen sozialen Klasse geleistet wird, seitens einer anderen sozialen und wirtschaftlichen Schicht. Die tatsächliche Identifizierung mit der Arbeiterklasse ist für die Missionsarbeit in der Welt des Wanderarbeiters eine Notwendigkeit.
 - 1.5 Die Arbeit, die bisher durch die Missionen geleistet wurde, war die eines Stoßdämpfers, d. h. auf klaffende Risse wurden Flicker gesetzt, ohne an einer entscheidenden Lösung der sozialen und politischen Probleme mitzuarbeiten.
 - 1.6 Das Wissen um die gesellschaftspolitische Situation der Spanierkolonien in Deutschland ist ein unumgänglicher Bestandteil für eine verantwortungsbewußte und erfolgreiche pastorale Arbeit.
2. Einige richtungsweisende Prinzipien für das Verhältnis von Glaube und gesellschaftspolitischem Engagement
 - 2.1 Glaube und pastoraler Dienst orientieren sich an und gründen in dem Beispiel Jesu von Nazareth, seiner Predigt, seinem Lebensstil und seiner Hingabe bis selbst in den Tod. Nach dem Zeugnis des Evangeliums war Jesu Tätigkeit für seine Zeit eine permanente Anklage. Unser Dienst muß sich also an diesem Modell der Befreiung ausrichten.

2.2 Die Kirche, die systematisch den Sozialismus verurteilt hat, hat die Gläubigen dazu gebracht, konservative Haltungen anzunehmen, bis hin zu einer Verwechslung von Christentum und Reaktion.

2.3 Es erscheint uns wichtig, nicht einfach bei einer Anklage stehenzubleiben. Ohne die Notwendigkeit und Opportunität solcher Anklagen zu leugnen, glauben wir, daß das wirklich lebendige Zeugnis wichtiger ist; d. h. daß das Leben der Kirche in seinem Zeugnischarakter eine permanente Anklage sein sollte.

2.4 Wir machen aufmerksam auf den Widerspruch, der besteht in der Behauptung einerseits, daß die Kirche keine wirtschaftlichen und politischen Lösungen anzubieten hat, und der Behauptung andererseits, daß zur Überwindung der sozialen Konflikte nur dem Evangelium gemäße Mittel angewendet werden dürfen; denn die Mittel sind weder atheistisch noch christlich.

– Aus dem Evangelium ergibt sich ethisch keinerlei gesellschaftspolitische Lehre.

– Das Evangelium bietet keine Mittel an; es ist eine Befreiung zum sozialen und politischen Engagement.

– Die Mittel sind mehr oder weniger wissenschaftlich, mehr oder weniger wirksam, mehr oder weniger gut, je nachdem, ob sie auf eine ganzheitliche Befreiung hinarbeiten.

– Tatsächlich hat man den Klassenkampf bis heute als »anti-evangelisches« Mittel dargestellt. Jesus sagt nicht, daß wir keine Feinde hätten, sondern daß wir sie lieben sollen. Irgendwann einmal wird man sich zu fragen haben, ob man Christ sein kann, ohne den Klassenkampf zu akzeptieren. Den Antagonismus der beiden Klassen und seine Konsequenzen nicht anerkennen, heißt blind sein oder mitschuldig.

2.5 Es gibt keine Soziallehre der Kirche. Die sog. Soziallehre der Kirche ist nichts anderes als das politische Programm einer konkreten Partei, der Christlichen Demokraten.

3. Einige konkrete Aktions- und Anklagepunkte

Im deutschen gesellschaftspolitischen Bereich

3.1 Wir klagen die jüngste Politik der deutschen Regierung an, die darauf abzielt, die ausländische Bevölkerung zu verkleinern und ihr ihre fundamentalsten Rechte zu verweigern.

3.2 Wir unterstützen jede Form der Zusammenarbeit mit Gruppen, die die Rechte des Ausländers verteidigen.

Im spanischen gesellschaftspolitischen Bereich

3.3 Wir verurteilen die Diskriminierung, der wir als im Ausland lebende Spanier bei den Wahlen ausgesetzt waren; denn man hat uns, die im Ausland leben, nicht berücksichtigt.

3.4 Da wir Diener der Versöhnung sind, fordern wir eine Generalamnestie, die das Zusammenleben in höchstem Maß erleichtert.

3.5 Wir beobachten mit großem pastoralen Interesse die Programmgestaltung für die religiösen Ansprachen des Bayrischen Rundfunks. Da sich die besagten Ansprachen an die ausländischen Arbeitnehmer richten, müssen diese in irgendeiner Weise bei der Auswahl der Sprecher und bei der Thematik der Ansprachen mitbestimmen können.

DIE ENTSTEHUNG DES PAPIERS

Im Jahre 1976 begann der Consejo Pastoral Nacional (d. i. der spanische Nationale Pastoralrat in Deutschland), die alle zwei Jahre stattfindende Nationalversammlung der spanischen Seelsorger vorzubereiten. Nachdem auf der vorhergehenden Versammlung im Jahre 1975 in Dortmund gesellschaftspolitische Fragen (besonders die deutsche Ausländergesetzgebung) im Vordergrund gestanden hatten, sollte das Treffen in Berlin »eminent pastoralen Charakter« haben. Ins Auge gefaßt wurde eine »gemeinsame Stellungnahme, wohin es in Zukunft mit der pastoralen Arbeit gehen sollte und welche Schritte auf diesem Weg getan werden müßten«³.

Dazu veranstaltete der Consejo eine Umfrage über die derzeitige Situation in den Missionen und bildete eine Vorbereitungskommission, die sechs Themen formulierte und jede der sechs Regionalkonferenzen mit der Ausarbeitung eines Themas beauftragte⁴.

Die Entwürfe wurden von der Kommission gesammelt und an alle Missionare mit der Bitte um Verbesserungen und Ergänzungen verschickt. Ziel dieses Verfahrens war es, eine breite Basis an der Vor-

³ Protokoll der Sitzung vom 15. 1. 77, 2.

⁴ Die rund 80 Missionen in Deutschland sind in 6 Zonen aufgeteilt. Die Missionare und die hauptamtlichen Mitarbeiter (besonders Ordensschwestern) kommen jeden Monat zu einer Regionalkonferenz zusammen.

bereitung zu beteiligen und bereits vor der Nationalversammlung Arbeitspapiere zu erstellen, die in Berlin vorgelegt, diskutiert und verabschiedet werden konnten. »Das Papier der Nationalversammlung« – so war es geplant – »sollte im Grunde die endgültige Approbierung der Ergebnisse der Vorbereitungsarbeit aller sein, nachdem diese in der Versammlung diskutiert worden sind«⁵.

Dieses Vorhaben war jedoch bei der Fülle der Themen und der Kürze der Zeit zum Scheitern verurteilt. So beschränkte sich die Kommission am Ende darauf, das eingegangene Material nach mehreren Gesichtspunkten zu ordnen und acht Arbeitspapiere zu erstellen, die allen Missionaren einige Tage vor Beginn der Versammlung zugeschickt wurden. Eines der Papiere sollte allen Teilnehmern der Nationalversammlung, die übrigen sieben den zu bildenden Arbeitsgruppen als Diskussionsgrundlage dienen. Das Arbeitspapier Nr. 7 befaßte sich mit dem gesellschaftspolitischen Bereich. Es machte zunächst einige aus der Umfrage gewonnene statistische Angaben über die Zusammenarbeit der spanischen Missionen mit nicht-kirchlichen Gruppen und Organisationen, stellte dann die wenigen eingegangenen gesellschaftspolitisch relevanten Aussagen (zu den Themen Ausländergesetzgebung, Aufgaben der Mission, Zusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften, mögliche Kampfmittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen) nebeneinander – jedoch ohne selbst dazu Stellung zu nehmen – und schlug diese Themen zur Diskussion vor.

Zu Beginn der Nationalversammlung in Berlin, auf der zum erstenmal neben Priestern und Ordensschwestern auch Laien vertreten waren, wurde jedem der 88 Teilnehmer die Möglichkeit gegeben, sich für einen der sieben Arbeitskreise (entsprechend den sieben vorbereiteten Papieren) zu entscheiden. Die Arbeitskreise sollten unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorbereitungszeit je ein Papier erarbeiten, um es dem Plenum am 3. Konferenztag zur Diskussion und am letzten Tag zur Abstimmung vorzulegen. Die fünf Tagungsteilnehmer, die sich für das Thema »Gesellschaftspolitischer Bereich« entschieden hatten, erarbeiteten innerhalb von zwei Tagen eine Vorlage, die sich einerseits kritisch mit dem Vorbereitungspapier auseinandersetzte, andererseits – besonders in den Aussagen über das Verhältnis von Glaube und gesellschaftspolitischem Engagement – weit

⁵ Protokoll der Sitzung vom 15. 1. 77, 2.

über die Thematik der Vorlage hinausging. Diese Vorlage entsprach in ihren beiden ersten Abschnitten im wesentlichen den Teilen 1 und 2 der oben vorgestellten Endfassung.

Der dritte Teil enthielt in loser Reihenfolge eine Aufzählung unterschiedlichster Probleme (deutsche Ausländergesetzgebung, mögliche Formen der Zusammenarbeit mit deutschen und spanischen Organisationen, politische Bildungsarbeit durch die Missionen, Diskriminierung der Emigranten bei den Parlamentswahlen in Spanien, Rückkehr von Exil-Spaniern, Kritik an der Organisation von Fahrten durch Missionare und Ordensschwwestern anlässlich des Besuches des spanischen Königs in Deutschland, Ansprachen im Rundfunk), die z. T. in der Endfassung in Form von Resolutionen wiederkehren.

Im vierten Teil wurde die Versammlung gebeten, die gesellschaftspolitischen Probleme nicht isoliert sondern im Kontext der auf der Tagung behandelten pastoralen Fragen zu sehen und möglichst eine gemeinsame Stellungnahme zu einigen Problemen abzugeben.

Bei der Plenumsdiskussion am dritten Konferenztag stieß dieses Papier bei einigen Teilnehmern auf heftigen Widerspruch. Angriffspunkte bildeten die Ausführungen über die Begründung des gesellschaftspolitischen Engagements im Beispiel Jesu, die Aussagen über den Klassenkampf und die Behauptung, es gebe keine Soziallehre der Kirche. Am entschiedensten zurückgewiesen wurde jedoch die negative Darstellung der Rolle der spanischen Missionen im gesellschaftspolitischen Bereich, deren Arbeit als »Flickschusterei« bezeichnet worden war. Auf diesen Punkt konzentrierte sich auch die Diskussion. Einige Missionare wiesen darauf hin, daß Jahre hindurch die Kirche und die Missionen die einzigen gewesen seien, die sich – auch im gesellschaftspolitischen Bereich – für die Belange der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien eingesetzt hätten. Die Einwände der Versammlungsteilnehmer waren so massiv, daß sich die Gruppe im weiteren Verlauf ihrer Arbeit genötigt sah, den Text an dieser Stelle zu entschärfen und die Leistungen der Kirche anzuerkennen. Die Aussagen über das Beispiel Jesu, den Klassenkampf und die Soziallehre der Kirche aber blieben unverändert bestehen.

Bis zum Ende der Konferenz hatten fünf der sieben Arbeitsgruppen Papiere fertiggestellt, die dem Plenum am letzten Abend zur Abstimmung vorgelegt werden konnten. Zunächst einigte man sich auf den

Abstimmungsmodus: Über die einzelnen Papiere sollte als Ganzes («en bloque») abgestimmt werden; ohne Diskussion; per Handzeichen mit Ja, Nein oder Enthaltung; die Papiere, die mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhielten (ohne Berücksichtigung der Enthaltungen), sollten als Beschlüsse der Nationalversammlung gelten. Wie sich später erweisen sollte, waren diese Vorentscheidungen von großer Bedeutung.

Die 73 Stimmberechtigten – zahlreiche Teilnehmer hatten Berlin bereits verlassen – nahmen die ersten vier vorgelegten Entwürfe mit jeweils großer Mehrheit an.

Papier Nr. 1: Struktur der Mission und ihre Beziehungen zu den deutschen Pfarreien und zu anderen Ausländermissionen.

Papier Nr. 2: Laien und Ordensschwestern in der Mission.

Papier Nr. 4: Eucharistie und Sakramente.

Papier Nr. 5: Katechese und Bildung der Kinder, der Jugendlichen und der Erwachsenen.

Nach der Verlesung des Papiers Nr. 7 jedoch kam es anstelle der vorgesehenen Abstimmung zu einer erregten Diskussion. Einige Teilnehmer forderten nachträgliche Änderungen im Text; andere stellten Anträge, den Abstimmungsmodus zu revidieren, sei es, nicht über das Papier «en bloque» sondern über die einzelnen Punkte abzustimmen, sei es, daß nicht die einfache sondern die absolute Mehrheit für die Annahme erforderlich sein sollte. Da sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe mit Erfolg gegen jede Änderung des vereinbarten Modus wehrten, kam es zur Abstimmung. Das Ergebnis: 28 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 20 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme. Damit war das Papier als Beschluß der Versammlung angenommen.

DIE HINTERGRÜNDE

Wie war es möglich, daß auf einer Versammlung der spanischen Priester in Deutschland ein Papier erarbeitet und anschließend von einer – wenn auch nur relativen – Mehrheit angenommen wurde, das den Klassenkampf propagiert und die Existenz einer kirchlichen Soziallehre leugnet oder diese Lehre als Programm politischer Rechtsparteien abtut?

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß die Entstehung solch einer Erklärung nicht überraschend kommt⁶. Die ersten spanischen Priester, die Anfang der 60er Jahre mit der Seelsorge an ihren Landsleuten in Deutschland beauftragt wurden, waren fast ausschließlich apolitisch eingestellt, was ihnen von Gegnern des *Franco*-Regimes zum Vorwurf gemacht wurde: »Der negative Einfluß der konservativen, unternehmer- und herrschaftstreuen katholischen Ideologie auf die ausländischen Arbeiter darf nicht unterschätzt werden. *Ruiz*, ... DGB ..., 1963 über den Einfluß der spanischen Priester: »Besonders die weiblichen Arbeitnehmer beherrschen sie vollständig und halten sie in derselben Abhängigkeit von Kirche und Regime wie in ihrer Heimat.« Die durch spanische Priester im Sinne ihres faschistischen Staates betriebene Propaganda sei einer der wichtigsten Gründe, weshalb ursprünglich nur wenige Spanier den Weg zu den Gewerkschaften fanden. Möglicherweise hat die beginnende soziale Umorientierung bei jungen katholischen Priestern hier inzwischen eine Wandlung herbeigeführt⁷. Der letzte Satz deutet bereits an, daß im Laufe der Jahre die Zahl der Priester wuchs, die den politischen Verhältnissen in Spanien kritisch gegenüberstanden und dies offen zum Ausdruck brachten – sehr zum Unbehagen des Katholischen Auslandssekretariates in Bonn, das als Bischöfliche Hauptstelle der Ausländerseelsorge für den Einsatz der ausländischen Priester mitverantwortlich ist: »Bei den spanischen Priestern zeigt sich deutlich eine Gefahr der Politisierung in der Seelsorge. In manchen spanischen Gemeinden entstanden Unruhen und bis zu (!) Spaltungen durch Aufrufe zu Demonstrationen gegen die spanische Regierung. Nachdem die deutschen Bischöfe über das Katholische Auslandssekretariat früher schon kroatische, slowenische und andere Priester deutlich angewiesen hatten, sich politischer Aktivität zu enthalten, wurde dies – leider nicht mit genügendem Erfolg – auch den spanischen Seelsorgern geboten⁸. Obwohl sich auch in den darauf folgenden Jahren deutsche kirchliche Stellen wiederholt gegen jede politische Betätigung der Ausländerseel-

⁶ Vergleiche dazu *B. Gottlob*, Die Missionare der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland. Eine Situations- und Verhaltensanalyse vor dem Hintergrund kirchlicher Normen. Masch. schr. Diss., Münster 1977 (124–144: Die politische Aktivität).

⁷ *S. Geiselberger* (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, Frankfurt 1972, 156.

⁸ Katholisches Auslandssekretariat, Jahresbericht 1968, 22.

sorger aussprechen⁹, nahmen die Aktivitäten der spanischen Priester auf diesem Gebiet weiter zu, was zu Auseinandersetzungen mit den spanischen Konsulaten und dem Katholischen Auslandssekretariat führte. Im Herbst 1975 – kurz vor *Francos* Tod – beteiligten sich spanische Priester an Kundgebungen und Demonstrationen gegen das *Franco*-Regime und verteilten selbst Flugblätter an die deutsche Bevölkerung mit der Bitte, »aktiv sich einzusetzen für den Kampf des spanischen Volkes für Freiheit und Demokratie«¹⁰.

Die Aktivitäten der spanischen Missionare zielten und zielen aber nicht nur auf eine Veränderung der politischen Verhältnisse in der Heimat, sondern auch auf eine Verbesserung der Lage ihrer Landsleute in Deutschland. Einige Missionare verfertigten Protestbriefe und veranstalteten Unterschriftenaktionen gegen die deutsche Ausländerpolitik, die in ihren Augen die menschlichen Grundrechte der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien verletzte¹¹; sie organisierten Fahrten zu den Demonstrationen der Ausländer gegen Benachteiligung in der Kindergeld- und Schulpolitik. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1976 zeigt¹², daß die augenblicklich in Deutschland tätigen Spanierseelsorger in hohem Maße politisiert sind. Die Politik hat bei ihnen einen wesentlich höheren Stellenwert als bei den deutschen Priestern. Nur 5 % aller aktiven Weltpriester in der Bundesrepublik Deutschland¹³, jedoch 28,7 % der Spanierseelsorger stufen gesellschaftskritische und politische Aufgaben des Priesters als »besonders wichtig« ein und zählen sie im Spektrum der priesterlichen Aktivitäten zu den Schlüsselaktivitäten.

⁹ So erklärten die Ausländerreferenten der deutschen Diözesen auf ihrer Tagung am 5. Mai 1970 in Frankfurt, »daß die Ausländerseelsorger . . . sich politischer Einmischungen enthalten sollten« (Protokoll Punkt 4). Und in den Richtlinien des Erzbischöflichen Ordinariates Freiburg über Stellung und Dienst der Seelsorger der ausländischen Gläubigen aus dem Jahre 1972 heißt es: »Diese Aufgabe schließt, wie bei den deutschen Geistlichen, eine politische Betätigung aus.« (3).

¹⁰ Aus einem Flugblatt der spanischen Mission Dortmund vom 28. September 1975.

¹¹ Neben den unzähligen Aufrufen einzelner Missionen sind von besonderer Bedeutung die »Promemoria für die Deutsche Bischofskonferenz« aus dem Jahre 1970 und der offene Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den die Spanierseelsorger auf ihrer Versammlung 1975 in Dortmund verfaßten.

¹² Vergleiche dazu *B. Gottlob*, a. a. O., 103.

¹³ *G. Schmidchen*, Priester in Deutschland. Forschungsbericht über die im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz durchgeführte Umfrage unter allen Welt- und Ordenspriestern in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg 1973, 25 und 160.

Diese Politisierung der Ausländerseelsorge finden wir auch bei den Priestern anderer Nationengruppen. Besonders deutlich geht das aus einem Situationsbericht des Jahres 1976 »Probleme und Proprien der Ausländer-Seelsorge«¹⁴ hervor, in dem nicht nur der Delegat der spanischen Priester, sondern auch der italienische und der portugiesische Vertreter politischen Fragen und Problemen einen breiten Raum widmen. Bereits auf ihrer Nationaltagung im Jahre 1974 erklärten die Italiener-Seelsorger in Deutschland: »Als Kirche müssen wir eine klare Wahl treffen, in unserem Fall – als Mission – zugunsten der Armen, auch in ihren schweren sozialen und politischen Problemen. Eine evangelische Entscheidung im sozialen Leben. Der direkte politische Einsatz ist Aufgabe des einzelnen und der sozialen Gruppen. Das Problem Evangelisierung, menschliche Befreiung und politischer Einsatz berührt heute das gesamte Leben der Mission.«¹⁵

Mit der zunehmenden Politisierung ist bei den italienischen und spanischen Seelsorgern ein starker Trend nach links verbunden. Was im folgenden über die Situation der Italiener in Deutschland gesagt wird, gilt entsprechend auch für die Spanierseelsorge: »Der deutliche Linkstrend auf der politischen Bühne des Mutterlandes Italien blieb nicht ohne Auswirkung auf die italienischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland . . . Alldem gegenüber kann die Pastoral nicht blind bleiben. Und sie bleibt von diesem massiven Linkstrend nicht unbeeinflusst . . . Diese deutliche geistige, gesellschaftliche und politische Neuorientierung der italienischen Arbeitnehmer auch in der Bundesrepublik Deutschland zwingt die Italiener-Seelsorger zu der Frage, worin künftig Sinn und Ziel ihrer Arbeit bestehen kann. Sollen wir weiterhin den Hauptakzent auf Gottesdienst, Sakramentenspendung und Predigt legen und uns damit am Rand der Wirklichkeit plazieren, oder sollen wir uns vor allem bemühen, in dieses massiv aufbrechende politische Bewußtsein und Engagement den Geist des Evangeliums hineinzukneten?«¹⁶

¹⁴ G. B. Baselli / J. Zdešar / J. Cabral / J. Sánchez, Probleme und Proprien der Ausländer-Seelsorge, Caritas 3 (Mai) 1976, 146–149.

¹⁵ Missioni Cattoliche Italiane in Germania e Scandinavia (Hrsg.), 19. Jahrestagung der italienischen Seelsorger in Deutschland und Skandinavien, Frankfurt 1974, 40.

¹⁶ G. B. Baselli, a. a. O., 146 f.

Die italienischen Missionare haben schon früher versucht, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Im Jahre 1973 forderten sie von allen Ausländerseelsorgern eine »Entscheidung zugunsten der Arbeiterklasse«, den »Kampf für die Befreiung der Arbeiter« und loyale Zusammenarbeit mit allen Gleichgesinnten: die Ausländerpastoral müsse die Ausbeutung der ausländischen Arbeitnehmer durch den Industriekapitalismus »erfassen, anprangern und bekämpfen«¹⁷.

In der Frage, wie der Einsatz für die Arbeiterschaft konkret aussehen soll, gehen die Meinungen der Ausländerseelsorger auseinander. Die meisten lehnen den Klassenkampf und die Bindung an konkrete Linksparteien ab. Nach ihrer Ansicht muß die pastorale Arbeit »prophetisch und provokatorisch wirken in ihrer christlichen Bemühung, die Klassen zur Überwindung der Klassenunterschiede zu bringen«¹⁸. Anders ist die Haltung jener Priester, die sich der Bewegung »Christen für den Sozialismus« angeschlossen haben. Ihre Vorstellung vom gesellschaftspolitischen Engagement der Christen erhellt aus dem Dokument »Cristianos por el Socialismo en la Emigración Española«, das im Mai 1974 auf einer Versammlung in Luxemburg verabschiedet wurde. Dieses Dokument hat das Berliner Papier in den Aussagen über den Klassenkampf und über die Soziallehre der Kirche entscheidend beeinflußt. Die Autoren des Berliner Papiers sehen in Sozialismus und Klassenkampf neue Möglichkeiten, die Werte des Evangeliums zu verwirklichen. Das geht aus einem Abschnitt ihres ersten Entwurfes hervor, in dem es heißt: »Tatsächlich hat man den Klassenkampf bis heute als anti-evangelisches Mittel dargestellt. Wir glauben, daß wir an diesem Punkt vor einer neuen historischen Situation stehen, die – wenn sie auch ernste Probleme aufwirft – auch echter Gehorsam gegenüber den Werten des Evangeliums und eine neue Form der pastoralen Arbeit sein könnte.«¹⁹

Ähnliche Aussagen enthält die Erklärung von Luxemburg in den Artikeln, in denen über das Verhältnis der Christen zum marxistischen Sozialismus gesprochen wird: »Als Christen fühlen wir uns

¹⁷ Vergleiche *Missioni Cattoliche in Germania e Scandinavia* (Hrsg.), 18. Jahrestagung der italienischen Seelsorger in Deutschland und Skandinavien, Frankfurt 1973, 7 und 43.

¹⁸ Ebda., 13.

¹⁹ *Presencia de las Misiones Católicas Españolas en el campo sociopolítico*, Entwurf, 3 (aus dem Spanischen übersetzt).

zutiefst angezogen und identifiziert mit dem Sozialismus, der sich als die erste historische Möglichkeit erweist, allmählich effektiv auf der Ebene der Gesamtgesellschaft die großen Werte des Evangeliums in Richtung auf die Brüderlichkeit und Gleichheit aller Menschen zu verwirklichen . . . Wir optieren für den marxistischen Sozialismus. Der Marxismus ist für uns das wissenschaftliche Werkzeug, die Realität zu interpretieren. Er ist die Theorie, die die Arbeiterklasse intellektuell und organisatorisch ausrüstet und es ihr erlaubt, mit Einsicht den Kampf durchzuführen. Auf dieser Ebene ergibt sich keinerlei Problem für unseren Glauben.«²⁰

Die negative Beurteilung der kirchlichen Soziallehre durch das Berliner Papier (»Es gibt keine Soziallehre der Kirche. Die sog. Soziallehre der Kirche ist nichts anderes als das politische Programm einer konkreten Partei, der Christlichen Demokraten.«) ist ebenfalls in dem Dokument von Luxemburg vorgezeichnet. Die »Cristianos por el Socialismo« kritisieren den Reichtum und die weltliche Macht der Kirche und erklären weiter: »Das Bedürfnis, diese materiellen Güter zu behalten, . . . der entscheidende Einfluß der herrschenden Klassen, denen sich die Amtskirche mehr und mehr angeglichen hat, hatten das Aufkommen einer Ideologie zur Folge, die fälschlicherweise christlich genannt wird und im Dienst jener Klassen steht. Das deutlichste Beispiel dafür . . . ist die sog. Soziallehre der Kirche, die sich einreihet in die Anerkennung und Verteidigung des Privateigentums, des Fundaments des kapitalistischen Systems, wenn sie auch abstrakte Forderungen wie seine ›soziale Funktion‹, ›Gerechtigkeit‹, ›Billigkeit‹ usw. verbreitet.«²¹

DIE BEDEUTUNG

Um die Aussagen des Berliner Papiers über das Verhältnis von Glaube und gesellschaftspolitischem Engagement richtig beurteilen zu können,

²⁰ Cristianos por el Socialismo en la Emigración Española (Hrsg.), Documento, Luxemburg 1974, Art. 67 und 69 (aus dem Spanischen übersetzt). Eine ähnliche Überlegung findet sich bereits in der Einleitung des Dokumentes: »Ihre Entstehung (d. i. der Bewegung Christen für den Sozialismus, d. V.) entspringt einer Gewissensentscheidung verschiedener Gruppen von Christen, die sich bewußt sind, daß die Werte des Evangeliums bis hin zu Brüderlichkeit und Gemeinschaft unter den Menschen im Sozialismus die Möglichkeit ihrer historischen Verwirklichung finden.« (1).

²¹ Ebda., Art. 51.

sind drei Vorbemerkungen zu den behandelten Problemen, zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und zum Zeitdruck, unter dem das Papier erarbeitet wurde, notwendig.

Das Papier Nr. 7 erwuchs nicht organisch aus den Ideen und Vorschlägen der Vorbereitungspapiere, sondern entstand in polemischer Auseinandersetzung mit ihnen. Ohne sie sind manche Sätze der Erklärung unverständlich. Sie enthalten Fragen zu zwei Problemkreisen, die für die gesellschaftspolitische Arbeit in den Missionen von Bedeutung sind: 1. Dürfen wir als katholische Missionen mit allen anderen Gruppen, die für die Ausländer tätig sind, zusammenarbeiten, mit den Gewerkschaften, den politischen Parteien jeder Richtung bis hin zu den Kommunisten, oder gibt es Grenzen? – 2. Welche Mittel dürfen wir als Christen anwenden, um die sozialen Konflikte zu überwinden? Nur dem Evangelium gemäße? Ist der Klassenkampf ein solches? – Die Brisanz dieser Fragen ging manchem Teilnehmer in Berlin erst auf, als die Arbeitsgruppe ihre Antworten gab: Zusammenarbeit der Mission mit allen Gruppierungen ohne jede Einschränkung und Bejahung des Klassenkampfes. Vielleicht war nicht einmal der Vorbereitungskommission klar, welchen Zündstoff ihr Arbeitspapier barg; denn mit der Formulierung der Fragen waren die späteren Konflikte auf der Versammlung vorprogrammiert. Dabei war bekannt, daß schon bei den Versammlungen der letzten Jahre unterschiedliche politische Auffassungen häufig zu Spannungen und Auseinandersetzungen unter den Spanierseelsorgern geführt hatten.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die sich mit diesen heiklen Problemen auseinandersetzen wollte, stellten in ihrer politischen Haltung sicher keinen Querschnitt der Berliner Versammlung dar; alle fünf Mitglieder waren politisch in einer ganz bestimmten Richtung ausgerichtet²², sie standen den Sozialisten oder den Kommunisten nahe und gehörten z. T. der Bewegung »Cristianos por el Socialismo« an. Bei dieser einseitigen Zusammensetzung war von vornherein keine Ausgewogenheit zu erwarten.

Weiter ist der Zeitdruck zu berücksichtigen, unter dem alle Arbeitsgruppen ihre Papiere fertigstellen mußten. Da das Programm der Berliner Nationalversammlung auch Stadtrundfahrten, Besichtigun-

²² Das geht auch aus einer Bemerkung des ersten Entwurfes hervor, in dem der »Centro democrático« des Ministerpräsidenten Suárez als eine Form des »neofranquismo« bezeichnet wird. (1).

gen und Besuche vorsah und zudem Zeit ließ zu gemütlichem Beisammensein der Priester und Mitarbeiter, die sich z. T. seit Jahren nicht gesehen hatten, standen für die Arbeit und die Diskussion in den Kleingruppen und im Plenum nicht einmal drei ganze Tage zur Verfügung. Wie aus der Abschlusserklärung hervorgeht, brachten deshalb nur fünf der sieben Gruppen verabschiedungsreife Papiere zustande. Von diesen waren einige inhaltlich und formal mangelhaft und bestanden teilweise nur aus aneinandergereihten Stichwörtern. Kritik kam bereits bei der Reflexion am letzten Versammlungstag auf: »Die Papiere . . . enthalten Ungenauigkeiten, die Redaktion ist schlecht, sie sind wenig tief, mit anderen Worten, sie sind dürrig . . . Es ist eine Zumutung, daß eine Versammlung so viele offizielle Papiere in nur zwei Tagen erarbeiten soll.«²³ – Für das Papier Nr. 7 wirkte sich dieser Zeitdruck in zweifacher Hinsicht negativ aus: 1. Die 45minütige Plenumsdiskussion, die am dritten Tag über die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe »Gesellschaftspolitische Bereich« stattfand, reichte bei weitem nicht aus, die unterschiedlichen Auffassungen aller Teilnehmer zum Ausdruck zu bringen und in die Erklärung einfließen zu lassen. – 2. Bis unmittelbar vor der Schlußabstimmung wurden an dem Text Veränderungen vorgenommen, manche Passagen gekürzt, andere erweitert; aber die Zeit reichte nicht mehr, die gesamte Erklärung aufgrund dieser Änderungen noch einmal neu zu überarbeiten. So weist der verabschiedete Text Lücken, Gedankensprünge und mißverständliche Aussagen auf.

Aus alldem ergibt sich, daß es sich bei dem Papier Nr. 7 nicht um eine ausgewogene und ausgefeilte Erklärung der Nationalversammlung handelt, sondern um ein in aller Eile zusammengestelltes Papier einer kleinen Linksgruppe.

Also ist das Papier nicht mehr als ein Diskussionsbeitrag einer kleinen Gruppe, den man zur Kenntnis nimmt, dem man aber keine besondere Bedeutung beimißt? Ein Papier, das der Meinungsbildung unter den spanischen Seelsorgern, Ordensschwestern und engagierten Laien dient, das aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist?

Sicher nicht, denn die Nationalversammlung in Berlin hat dieses Papier als einen ihrer Beschlüsse angenommen. Somit gilt für das

²³ Protokoll der letzten Sitzung der Nationalversammlung, Berlin am 27. Mai 1977, 4 (aus dem Spanischen übersetzt).

Papier Nr. 7 ebenso wie für alle anderen Papiere, was in den Vorbemerkungen der Abschlusserklärung gesagt ist: »Diese Beschlüsse müssen für die Gemeinde eine moralische Forderung sein, daß in diesem Sinne gearbeitet wird; sie müssen insbesondere Richtlinien für den Nationalen Pastoralrat sein.«²⁴ Hinzu kommt, daß zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe dieses Papier unmittelbar nach Beendigung der Tagung als Beschluß der spanischen Nationalversammlung bekanntgaben: in einer Sendung des Bayrischen Rundfunks am 4. Juni für die Spanier in Deutschland und in der Mai/Juni-Ausgabe der linksstehenden, in Hannover erscheinenden Kirchenzeitung »TU – Trabajadores Unidos por una iglesia del pueblo«. Dieses Papier gehört also zu den Richtlinien der pastoralen Arbeit, die in Zukunft in den spanischen Missionen geleistet werden soll. Dennoch wird das Papier die gesellschaftspolitische Tätigkeit der spanischen Missionen in Deutschland nicht revolutionieren. Zu oft hat man in den letzten Jahren Leitlinien für die pastorale Arbeit in den Missionen erarbeitet, und sie wurden mit größeren Mehrheiten angenommen als das Papier Nr. 7 in Berlin; doch alle Versuche, die einzelnen Spanierseelsorger in ihrer Gemeindegarbeit auf diese Leitlinien festzulegen, sind gescheitert. Weder für die Nationalversammlung noch für den Delegaten gibt es eine Handhabe, Beschlüsse durchzusetzen. Die Gegner des Papiers werden den Forderungen der Berliner Erklärung ebenso wenig nachkommen wie eventuellen Anweisungen des Consejo Pastoral – das brachten sie auf der Nationalversammlung wie auch bei den nachfolgenden Regionalversammlungen zum Ausdruck.

Die spanischen Priester und Laien aber, die in ihren Missionen im Sinne der »Cristianos por el Socialismo« tätig sind, haben durch diese Erklärung zum erstenmal eine offizielle Rückendeckung für ihre gesellschaftspolitische Arbeit, obwohl sie diese nicht nötig haben und Angriffe seitens der Amtskirche nicht scheuen. Im Gegenteil, sie wollen »den Kampf gegen den Einfluß einer Amtskirche, die das Evangelium verfälscht hat, indem sie es in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt und das Christentum mit der westlichen, kapitalistischen Welt identifiziert hat . . .«²⁵.

Verwunderlich an der Berliner Versammlung ist nicht, daß die Mehrheit der Teilnehmer die Erarbeitung von gesellschaftspolitischen Aus-

²⁴ Conclusiones de la VIII Reunion de Capellanes de Españoles en Alemania, Notas 4.

²⁵ Cristianos por el Socialismo en la emigración española, a. a. O., 1.

sagen nicht selber in Angriff nimmt, sondern diesen Bereich den »Linken« überläßt. Verwunderlich ist nicht, daß diese »Linken« solch ein Papier erarbeiten. Verwunderlich ist auch nicht, daß viele Teilnehmer erst aufwachen, als alles gelaufen ist, und daß sie ihr Lamento beginnen: »Die Gruppe hat uns manipuliert; das Papier ist schon vorher heimlich erarbeitet worden; wir werden uns nicht daran gebunden fühlen!« – Verwunderlich ist vielmehr, daß 28 Teilnehmer sich ohne Einschränkung mit den Aussagen dieses Papiers identifizieren und ihm damit zur Annahme verhelfen. Selbst die Arbeitsgruppe 7 rechnete – nach eigenen Aussagen – mit einer Abstimmungs-niederlage und hatte für diesen Fall bereits die Veröffentlichung des abgelehnten Papiers in einer spanischen Zeitung ins Auge gefaßt. Die Annahme des Papiers macht deutlich, daß die umstrittenen Aussagen die Auffassung eines großen Teils der Spanierseelsorger und der in den Missionen tätigen Ordensschwester und engagierten Laien wiedergeben.

Dazu aber müssen einige kritische Anmerkungen gemacht werden. Wenn es in Anwesenheit eines Mitglieds der Spanischen Bischofskonferenz und von Vertretern der katholischen Kirche in Deutschland nicht möglich ist, die Behauptung »Es gibt keine Soziallehre der Kirche« überzeugend zu widerlegen, dann gilt für die Teilnehmer – um mit einem Wort *Pius' XI.* zu sprechen –, »daß sie die Lehren der Päpste über diesen Gegenstand nicht genügend gekannt und erwogen haben«²⁶. In engem Zusammenhang damit steht das im Text der Erklärung angeführte Bibelargument für die Existenz des Klassenfeindes: »Jesus sagt nicht, daß wir keine Feinde haben, sondern daß wir sie lieben sollen (indem wir sie befreien).«²⁷ Dieser Satz will den von den »Cristianos por el Socialismo« propagierten Klassenkampf moralisch rechtfertigen, indem gezeigt wird, daß der Klassenkampf – entgegen den wiederholten Behauptungen der Amtskirche – kein Mittel ist, das dem Geist des Evangeliums widerspricht. Die unkritische Darstellungsweise macht jedoch auch hier deutlich, daß eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten der katholischen Soziallehre überhaupt noch nicht stattgefunden hat²⁸.

²⁶ *Pius XI.*, Enzyklika »Divini Redemptoris« über den atheistischen Kommunismus vom 19. 3. 1937.

²⁷ Der Zusatz »indem wir sie befreien« ist in der Endfassung entfallen.

²⁸ »Auch im deutschen Katholizismus, von einigen anderen ganz zu schweigen, ist inzwischen ein geistiger Hohlraum entstanden, weil – besonders seit den sechziger Jahren – die katholische Soziallehre als wertvollstes Instrument christ-

Das Dokument von Berlin ist weder der Anfang noch das Ende einer innerkirchlichen Diskussion über das rechte Verhalten der Amtskirche und der Christen im gesellschaftspolitischen Bereich; aber es ist ein Meilenstein, der einer erstaunten deutschen Kirche zeigt, wo zahlreiche ausländische Priester und Laien heute stehen.

Viele Ausländerseelsorger in Deutschland sehen gerade im gesellschaftspolitischen Bereich ihre wichtigsten Aufgaben. So ist auch falsch, was die Katholische-Nachrichten-Agentur anlässlich der spanischen Nationalversammlung schreibt, es sei »das gegenwärtig von der Spanierseelsorge verfolgte Ziel, sich mehr und mehr aus den sozialen und sozialpolitischen Verpflichtungen herauszuziehen zugunsten eines stärkeren priesterlichen Engagements«²⁹.

Wie in den Kirchen ihrer Herkunftsländer so wird auch bei den Italiener- und Spanierseelsorgern in Deutschland die Auseinandersetzung weitergehen. Doch ist der weiteren Diskussion um einer größeren Objektivität und Redlichkeit willen zu wünschen, daß die offizielle Position der Kirche, die in der katholischen Soziallehre ihren Niederschlag gefunden hat, nicht von vornherein als Verfälschung des Evangeliums oder – wie in Berlin geschehen – als politisches Programm einer konservativen Partei abgetan wird; Fachleuten muß die Möglichkeit gegeben werden, eingehend darzulegen, in welcher Weise nach Ansicht der Amtskirche die Lehre des Evangeliums und der christlichen Grundsätze auf das gesellschaftspolitische Leben anzuwenden ist.

licher Welt- und Gesellschaftsinterpretation grob vernachlässigt worden ist. •
W. Weber, Der soziale Lehrauftrag der Kirche (Heft 2 der Reihe Katholische Soziallehre in Text und Kommentar), Köln 1975, 43.

²⁹ KNA, Berliner Dienst, Nr. 98 vom 24. Mai 1977, 1.